Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Donnerstag, den 9. Februar 1888. Nr. 67.

Preußische Klassen-Lotterie.

(Ohne Gewähr.)

Berlin, 8. Februar. Bei der heute beendigten Ziehung der 4. Klasse 177. königl. preußischer Klassen-Lotterie fielen:

1 Gewinn von 30,000 Mark auf Nr. 179941.

2 Gewinne von 5000 Mark auf Nr. 67547 136083.

13 Gewinne von 3000 Mark auf Nr. 16358 32938 45578 70052 93950 108166 108207 129401 137249 156030 158935 163673 183035.

22 Gewinne von 1500 Mark auf Nr. 5405 27933 28944 38598 54964 59860 62755 69657 84421 88949 89311 90763 107635 129999 152003 158371 168374 182037 183107 183341 188247 189694.

21 Gewinne von 500 Mark auf Nr. 12274 20477 26311 27539 28232 32590 64766 69923 82518 101830 106755 107690 127058 129957 133484 133572 145300 153389 160731 176009 184345.

Stimmen zur Rede des Reichskanzlers.

Die Rede des Reichskanzlers trug eine Reihe von Adressen; besonders hervorleuchtend war indessen die nach Petersburg gerichtete. Eine erste Antwort von dort bringt jetzt das hochoffiziöse russische Organ, dieselbe klingt recht freundlich:

Petersburg, 8. Februar. Das „Journal de St. Petersbourg" schreibt: Die mit Ungeduld erwartete Rede des Fürsten Bismarck liegt uns nur im telegraphischen Auszuge vor, aber schon jetzt kann man deren Zweck würdigen. Der deutsche Reichskanzler hat konstatirt, daß er mit seiner Rede in keiner Weise einen Einfluß ausüben wolle auf das Votum des Reichstages bezüglich des von demselben geforderten Kredits, sondern daß er sich über die allgemeine Lage Europas aussprechen wolle. Diese Auslassung schien geboten durch die Kommentare, welche die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnißvertrages vom Jahre 1879 hervorgerufen hatte. Wir glauben, daß dieser Zweck erreicht ist. Fürst Bismarck hat den rein und ausschließlich defensiven Charakter dieses Bündnisses betont, das ist der wesentliche Punkt. Durch das Geheimniß, welches über den deutsch-österreichischen Bündnißvertrag herrschte, konnte die Annahme, daß es sich um ein eventuell aggressives Bündniß handelte, nur Bestand gewinnen und die überreizten Leidenschaften an gewissen Orten empfingen durch diese Annahme eine gefährliche Nahrung. Nachdem nun der Reichskanzler jetzt in Ausdrücken, welche ihm zur Ehre gereichen, das absolute Vertrauen bekundet hat, welches das Wort des Kaisers von Rußland, dessen friedliche Absichten laut verkündet sind, ihm einflößt, so kann man daraus schließen, daß die Aufrechterhaltung des Friedens in fester Weise gesichert ist. Man darf sich der Hoffnung hingeben, daß ganz Europa hierdurch eine allgemeine Erleichterung empfinden wird. Wir ziehen unsererseits eine derartige friedliche Garantie einer solchen vor, welche aus den unaufhörlichen und wachsenden Rüstungen hervorgeht, zu denen man sich fortreißen läßt. Wir wollen auf diesen Punkt nicht weiter eingehen, da der Reichskanzler das volle Recht jedes Landes konstatirt hat, seine Sicherheit unter den Schutz seiner eigenen Streitkräfte zu stellen. Wir nehmen ebenso davon Abstand, auf eine Abwägung der gegenseitigen Dienste zurückzukommen, welche sich Preußen und Rußland haben leisten können; nach unserer Ansicht sind diese Dienste das Resultat von oft gemeinsamen Interessen. Es ist dies die beste Basis für Beziehungen unter Staaten. Wir werden uns beglückwünschen, zu sehen, daß auch in Zukunft für die Beziehungen zwischen dem großen Deutschland und Rußland dies die Grundlage bleibt. Wenn Fürst Bismarck erklärte, daß er nicht darauf rechne, durch seine Worte die Majorität für die Vorlage zu erhöhen, so habe die Enbloc Annahme der Vorlage ihn widerlegt; es sei dies eine Widerlegung, die er gewiß leicht nehmen könne.

Wien, 8. Februar. Dem „Fremdenblatt" wird kompetenterseits versichert, daß das von mehreren Blättern gestern reproduzirte Gerücht von der beabsichtigten Einberufung einer außerordentlichen Delegationssession völlig grundlos sei.

In einem weiteren Artikel bespricht das Blatt die Rede des Fürsten Bismarck und konstatirt, daß Deutschland im Verein mit seinen Alliirten den Frieden beschirmen will, und daß das Bewußtsein des mächtigen Schutzes, unter welchem derselbe steht, die Zuversicht in die Erhaltung der friedlichen Entwickelung unseres Welttheils wesentlich erhöhen werde. Das Bundesverhältniß zwischen Deutschland und Oesterreich sei ein Pakt, der bereits in das innerste Gedankenleben der beiden Kontrahenten eingedrungen sei; das Bündniß werde dem Auslande die ganze innere Kraft dieses Bollwerkes der konservativen Politik und des Friedens demonstriren.

Weiter schreibt das Blatt, der Gedanke, eine Entwirrung der bulgarischen Schwierigkeiten durch den Sultan zu versuchen, wurzle in dem Boden des Berliner Vertrages und weise die Vortheile formeller Korrektheit auf.

Rom, 7. Februar. Die meisten Abendblätter fassen die Rede des Fürsten Bismarck als eine der Erhaltung des Friedens günstige auf, die „Riforma" sagt, die Rede des deutschen Reichskanzlers sei das beredteste Friedensunterpfand, das Europa habe gegeben werden können.

Rom, 7. Februar. Der Ministerpräsident Crispi hat dem Fürsten Bismarck anläßlich seiner Rede seine Glückwünsche übersendet und den Wunsch ausgedrückt, daß die Worte des Fürsten in ganz Europa ein Echo finden mögen. Crispi fügte noch hinzu, daß der Eindruck der Rede ein ganz vortrefflicher sei.

In der „Nordd. Allg. Ztg." liest man heute Folgendes:

Die „Hamburger Nachrichten" nehmen aus der Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnisses Veranlassung, um ihren Lesern die Aeußerungen in's Gedächtniß zurückzurufen, welche die im Januar v. J. gehaltene Rede des Reichskanzlers über unser Verhältniß zu Oesterreich enthält. Uns scheint diese Reproduktion völlig gerechtfertigt; denn wie verschiedene Preßstimmen aus der letzten Zeit beweisen, ist, was damals von so authentischer Stelle über jenes Verhältniß gesagt worden ist, bereits in Vergessenheit gerathen. Ist doch neuerlich in einem gewissen Theile der Presse sogar die Klage laut geworden, Oesterreich sei bei dem Bündniß mit Deutschland zu kurz gekommen, da es seinerseits uns den Besitz von Elsaß-Lothringen garantirt und dafür keine Gegenleistung erhalten habe. Aus der Rede des Fürsten Bismarck vom 11. Januar v. Js. ergiebt sich die Unwahrheit einer solchen Behauptung zur Evidenz. Wir lassen die Ausführungen des Kanzlers über das Verhältniß zu Oesterreich hier folgen:

„Meine Herren, unsere Beziehungen zu Oesterreich beruhen auf dem Bewußtsein eines jeden von uns, daß die volle großmächtliche Existenz des andern eine Nothwendigkeit für den einen ist, im Interesse des europäischen Gleichgewichts; aber sie beruhen nicht auf der Grundlage, wie man es im ungarischen Parlament unter Umständen ausgelegt hat, daß eine von beiden Nationen sich und ihre ganze Macht und Politik vollständig in den Dienst der anderen stellen kann. Das ist ganz unmöglich. Es giebt spezifisch österreichische Interessen, für die wir uns nicht einsetzen können; es giebt spezifisch deutsche Interessen, für die Oesterreich sich nicht einsetzen kann. Oesterreich hat das Interesse, daß Deutschland als große, volle und starke Macht erhalten bleibt; Deutschland hat dasselbe Interesse in Bezug auf Oesterreich; aber wir können uns nicht unsere Sonder-Interessen gegenseitig aneignen. Wir haben von Oesterreich niemals verlangt und haben auch keinen Anspruch darauf, daß es sich in unsere Händel mit Frankreich mische. Wenn wir Schwierigkeiten haben mit England in Kolonialfragen oder wenn wir mit Spanien über Lumpereien, wie die Karolinen, in Handel kommen (Heiterkeit), haben wir nie an Oesterreich einen Anspruch gemacht auf Grund unseres freundschaftlichen Verhältnisses. Soweit es sich um unsere beiderseitige Existenz als volle, freie und mächtige Großstaaten handelt, soweit vertreten wir gegenseitige Interessen. Aber was Oesterreich in Konstantinopel für Interessen hat, das wird Oesterreich allein zu beurtheilen haben; wir haben dort keine, — ich wiederhole das. Wenn der Herr Abgeordnete Windthorst einmal mein Nachfolger sein wird, dann wird er ja entscheiden können, daß wir in Konstantinopel Interessen haben, die uns unter Umständen einen so schweren Krieg, wie den mit unserem zweihundertmeiligen Grenznachbar, Rußland, ertragen lassen können; wir hätten nachher doch dafür die Genugthuung, daß am Bosporus das Regime herrschte, das wir gewollt und gewünscht haben; dafür können wir schon ein paar hunderttausend Menschen und ein paar Milliarden opfern! Denn, glauben Sie doch nicht, daß, wenn man solche Politik einmal falsch instradirt, man auf jeder Station umkehren kann; das ist nicht möglich. Wenn wir einmal das gegenseitige Mißtrauen erwecken, dann geht es auch, wenn keiner von beiden sich blamiren will, unaufhaltsam vorwärts. Die Politik zweier Großstaaten neben einander kann man vergleichen mit der Lage zweier Reisenden, die einander nicht kennen, in einem wüsten Walde, von denen keiner dem andern vollständig traut; wenn der eine die Hand in die Tasche steckt, dann spannt der andere schon seinen Revolver und wenn er den Hahn des ersten knacken hört, feuert er schon. So ist es bei Mächten, von denen jede Einfluß auf die Entscheidungen der anderen hat; da muß man das erste Mißtrauen und die erste Verstimmung der anderen sehr sorgfältig vermeiden, wenn man die Freundschaft bewahren will."

Deutschland.

Berlin, 7. Februar. Wir Deutsche sind von unserm Reichstage nicht verwöhnt worden; wir haben uns darin ergeben, daß an dieser Stätte, welche den heiligsten Interessen der Nation gewidmet ist, immer wieder so viel blinde Wuth, Verbitterung und doktrinäre Verblendung, so viel kleinlicher Zank und Hader in mißtönenden Lauten sich entladen, und wir athmen aus befreiter Brust tief auf angesichts einer kostbaren Stunde reiner, einmüthiger Begeisterung, angesichts einer großartigen Kundgebung eines entschlossenen, opferbereiten Patriotismus, welche nicht durch der Parteien Haß und Gunst verunstaltet wurde. Das deutsche Volk hat sich gestern auf sich selbst besonnen, es hat nach einer gewaltigen Rede des Fürsten Bismarck, welche mächtig in die Weite wirken und ihre Wellen von London und Sofia bis Moskau und Petersburg schlagen wird, das Wehrgesetz in der Gestalt, welche es in der Kommission erhalten hat, kurzer Hand angenommen.

Ein welthistorischer Tag, eine Rede, würdig des ersten lebenden Staatsmannes aller Länder, und eine Haltung der deutschen Volksvertretung, wie sie den weitesten Widerhall in der Nation finden wird. Dieses Bild hat sich in wenigen aber inhaltsvollen Stunden heute im deutschen Reichstagssaale vor uns entrollt, und zu dem Beifallssturm, womit die Gesammtvertretung der Nation ihrem politischen Führer das Pfand gab: daß man ihm auf dem macht- und kraftvollen Wege seiner dem Frieden geweihten, auf den Krieg gerüsteten Politik bis zum letzten Hauche folgen wird, gesellte sich nach Schluß der Sitzung in dem tausendstimmigen Beifall, womit die gedrängten Volksmassen den Heimweg des Reichskanzlers begleiteten, der herzerhebende Beweis, daß auch die Reichshauptstadt den Pulsschlag der Nation theilt. Was soll und kann man über die gewaltige Geistesleistung sagen, womit der 72jährige Staatsmann das weite Gebiet seines amtlichen Wirkens, die Völker Europas und ihre Beziehungen überschauend wie ein rückwärts blickender Prophet aus der Vergangenheit seine Lehren und Erwartungen für die Gegenwart und die nächste Zukunft zog, was von den Geistesblitzen leuchtenden Humors, welche da und dort die verantwortungsvollen, schwerwiegenden Erwägungen begleiteten; es war eine Rede, wie sie von allen Lebenden einzig und allein der Kanzler des deutschen Reiches zu halten vermag. Aber auch die deutsche Reichsvertretung darf diese Stunden zu den höchsten und schönsten Ehrentagen ihrer Geschichte rechnen; seit dem Augenblicke, wo der norddeutsche Reichstag einmüthig der französischen Eroberungslust und Ländergier entgegentrat, hat unser politisches Leben, soweit es in der Volksvertretung zum Ausdruck kommt, keinen größeren Moment gehabt als heute. Ueber all dem Zwist und Lärm der Parteien und dem kleinlichen Gezänk der Fraktionspolitiker fühlte man sich weit erhaben, als am Schluß der Rede des Reichskanzlers die Wortführer der vier großen Parteien, an ihrer Spitze der Vertreter des Zentrums, Freiherr v. Franckenstein, welcher als Präsident der bairischen Reichsrathskammer für solche Vorgänge noch ein besonderes Gewicht hat, und nach ihm die Herren v. Helldorff und Graf Behr für ihre Freunde und Rudolf v. Bennigsen für die nationalliberale Partei die unbedingte und einmüthige Annahme der Wehrvorlage und des Anleihegesetzes erklärten, und dem Sprecher der Deutschfreisinnigen, dem Abgeordneten Rickert, ist seit der Trennung von seinen alten Parteigenossen niemals ein so lauter Zuruf des Dankes und der Anerkennung geworden als heute, wo er in warmen, patriotischen Worten auch das volle Einverständniß seiner jetzigen Parteifreunde mit diesem Vorgehen erklärte. Dem von einem der Redner geäußerten Wunsche, daß die Budget-Kommission, an welche die Anleihevorlage überwiesen wurde, ihres Amtes schleunigst walten möge, ist noch gestern Abend entsprochen worden und dieselbe wird nun in den nächsten Tagen den gestern gefaßten Beschluß einmüthiger Annahme durch den Mund des erwählten Berichterstatters, Freiherrn v. Huene, dem Reichstage zur Bestätigung vorlegen. Wenn, wie anzunehmen ist, in dieser Woche die neuen Stützen unserer großartigen, wohlgerüsteten Weltfriedenspolitik, die Wehrvorlage und die Bewilligung der Mittel dafür, zur Annahme gelangen und als werthvolle Bürgschaft des friedlichen Austrags unserer inneren politischen Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze, dann die Verlängerung der Legislaturperioden auf das bei den anderen Großstaaten konstitutionell-monarchischer Gestaltung als richtig und zweckmäßig anerkannte Maß zur Durchführung gelangt, so wird und muß diese Spanne Zeit dem deutschen Volke in alle Zukunft denkwürdig bleiben, und man wird nicht zu beklagen haben, daß dem großen Moment ein seiner würdiges Geschlecht gefehlt.

Berlin, 8. Februar. Die kaiserlichen Majestäten sahen gestern Abend einige Gäste bei sich zum Thee. Heute Vormittag ließ der Kaiser vom Ober-Hof- und Hausmarschall Grafen Perponcher sich Vortrag halten und arbeitete Mittags mit dem Chef des Zivilkabinets Wirkl. Geh. Rath von Wilmowski. Nachmittags wurde der Erzbischof Dinder aus Posen von dem Kaiser und darauf auch von der Kaiserin empfangen.

— Der „Voss. Ztg." geht heute folgende Drahtmeldung zu:

San Remo, 8. Februar. Mackenzie, welcher gestern Abend von der Reise ermüdet die Villa Zirio nicht mehr betrat, machte heute früh zur üblichen Stunde mit Dr. Krause einen Besuch beim Kronprinzen. Derselbe hatte minder gut als sonst geschlafen, befindet sich aber sonst sehr gut. Als Mackenzie nach Dr. Krause die Villa verließ, begegnete er der mit Prinzessin Viktoria vom gewöhnlichen Morgenspaziergang zurückkehrenden Kronprinzessin und verweilte mit ihr eine Viertelstunde im Gespräch am Garteneingang. Heute Vormittag findet eine allgemeine Konsultation statt, in welcher vermuthlich über die Operationsfrage Beschluß gefaßt wird.

San Remo, 8. Februar. In der Vormittags-Konsultation wurde noch kein Beschluß gefaßt. Um 10¾ Uhr fuhr der Kronprinz mit Prinz Heinrich, v. Loë und Mackenzie aus. Nachmittags um 2 Uhr findet eine neue Konsultation statt.

— Prinz Wilhelm ertheilte gestern Mittag den Gesandten Schwedens, Siams, Chinas und Japans die nachgesuchten Audienzen und wohnte darauf mit seiner Gemahlin den Hochzeitsfeierlichkeiten beim Minister des Innern von Puttkamer bei.

— Der Reichskanzler Fürst Bismarck begab sich gestern Nachmittag 4 Uhr zum Vortrage zu dem Kaiser.

— Fürst Bismarck, welcher unlängst zum Ehrenbürger von Bremerhafen ernannt worden ist, hat, wie die „Nordsee-Ztg." mittheilt, folgendes Schreiben an den dortigen Stadtdirektor gerichtet: „Eure Hochwohlgeboren bitte ich, den städtischen Behörden und meinen Herren Mitbür-

gern meinen herzlichen Dank auszusprechen für die freundliche Uebersendung der stattlichen Urkunde, welche mir die Ehre des Bürgerrechts Ihrer Stadt verleiht. Die Ehre der Mitbürgerschaft in unseren Seestädten gewährt mir eine besondere Genugthuung als Anerkennung meiner Mitwirkung an der Pflege des germanischen Triebes in die Ferne. v. Bismarck."

— Die Meldung, daß der russische Botschafter am hiesigen Hofe, Graf Schuwalow, gestern von Petersburg nach Berlin abgereist sei, ist nicht ganz korrekt. Graf Schuwalow hat die russische Hauptstadt gestern allerdings verlassen, sich jedoch zunächst nach Wilna begeben, woselbst eine Tochter desselben verheirathet ist. Der Botschafter wird sich dort einige Tage aufhalten und der Tauffeierlichkeit seines Enkels beiwohnen, in Berlin aber erst am Freitag oder Sonnabend wieder eintreffen. Das schließt wohl die Idee aus, daß Graf Schuwalow mit besonderen Aufträgen bezüglich Lösung der bulgarischen Frage nach Berlin kommt.

— Der Reichstag genehmigte heute in 3. Berathung definitiv das Gesetz, betr. Aenderungen der Wehrpflicht, und zwar auf Antrag des Abg. v. Franckenstein durch Enbloc Annahme.

— Die Kommission des Reichstags zur Vorberathung der Novelle zum Sozialistengesetz gelangte in ihren Berathungen heute bis zum § 19 inkl. Die Bestimmungen des bestehenden Gesetzes wurden durchweg aufrecht erhalten. Die wieder eingebrachten, von früheren Verhandlungen bekannten Abänderungsanträge des Abg. Windthorst wurden abgelehnt, bezw. zurückgezogen.

— Die Kommission des Reichstags zur Vorberathung des Entwurfs eines Gesetzes wegen Abänderung des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete, vom 17. April 1886, besteht aus den Abgg. Dr. v. Marquardsen, Vorsitzender, Hahn, Stellvertreter, Graf v. Arnim, Bergmann, Frhr. v. Buol Berenberg, Gebhard, Schriftführer, Dr. Hänel, Dr. Hammacher, Dr. Meyer (Jena), Nobbe, Rintelen, Senestrey, von Steinau-Steinrück, Schriftführer, v. Strombeck.

— Die Einbringung der Vorlage über die Arbeiter-Altersversorgung im Bundesrathe und bald darauf auch im Reichstage soll, neuerem Vernehmen nach, nicht lange mehr auf sich warten lassen. Auf vollständige Erledigung der Sache noch in dieser Session rechnet man nicht; doch hofft man, daß durch die erste Berathung im Reichstage die Grundlage für die weitere Behandlung und etwaige Umgestaltung der Vorlage geschaffen werde. Es dürfte mit diesem weitschichtigen und schwierigen Gesetze ähnlich gehen, wie mit der Kranken- und Unfallversicherung, die auch nicht im ersten Anlaufe zu Stande kamen.

— In der Prozeßsache des Prinzen Christian zu Schleswig-Holstein-Sonderburg Augustenburg wider die Exekutoren des Testaments des verstorbenen Prinzen Friedrich zu Schleswig-Holstein-Sonderburg Augustenburg, Grafen v. Noer, wegen Herausgabe der adeligen Güter Noer und Grönwohld, hatte der Kläger gegen das seine Klage abweisende Urtheil des Landgerichts zu Kiel vom 23. Dezember 1885 die Berufung an das Oberlandesgericht eingelegt. Das Urtheil dieses Gerichtshofes ist nun am 7. Februar cr. dahin erfolgt, daß die Berufung zurückzuweisen sei.

— Der Londoner „Standard" bringt in seiner vorgestrigen Nummer ein „Vigil" unterzeichnetes Eingesandt, welches Betrachtungen über die Fortschritte Englands und Deutschlands auf Neu-Guinea enthält. Nachdem der Einsender darauf hingewiesen hat, daß von englischer Seite eigentlich gar nichts bisher geschehen ist, fährt er fort:

„Wie anders ist der Fortschritt der Deutschen auf Neu-Guinea? Die Gesellschaft, welche dort Land erworben hat, hat soeben ihren ersten Jahresbericht veröffentlicht. Daraus ist zu ersehen, daß verschiedene Niederlassungen gegründet worden sind, daß in Hatzfeldthafen, Finschhafen, Baburi und Konstantinhafen landwirthschaftliche Stationen eingerichtet, daß Tabak, medizinische, Zier- und zahlreiche Nahrungspflanzen angebaut worden sind. Daß die Anlage von Niederlassungen am Augusta Flusse und Bismarck-Archipel begonnen hat, daß die Gesellschaft jetzt drei in Deutschland gebaute Dampfer besitzt, welche zwischen den Stationen und nach Australien fahren. Alle diese Thatsachen beweisen den Unternehmungsgeist der Beamten der Gesellschaft. Nach der Abrechnung sind schon 125,000 Lstr. zur Entwickelung der Hülfsquellen des Landes verausgabt und in Australien ist bekannt gemacht worden, daß Kolonisten mit einigen Mitteln auf deutschem Boden willkommen geheißen werden."

Ausland.

Bern, 5. Februar. Betreffend die im Nationalrath angeregte Frage der Vervollständigung der Militärhoheit des Bundes, daß fortan auch die Verwaltung der militärischen Sonderrechte der Kantone auf ihn übertragen werden sollen, vernimmt man, daß der Chef des eidgenössischen Justiz- und Polizei-Departements, Bundesrath Ruchonnet, vom Bundesrath mit der Ausarbeitung eines bezüglichen Gutachtens beauftragt worden ist. Ferner verlautet, daß der Austritt des Bundesrathes Droz aus dem Bundesrathe behufs Uebernahme der Leitung des internationalen Büreaus der Literar-Union kaum vor Abfluß der am 1. Januar d. J. begonnenen neuen dreijährigen Amtsperiode dieser Behörde erfolgen wird, bis zu welcher Zeit dasselbe vollständig eingerichtet sein wird und wohl auch noch andere Staaten der Union beigetreten sein werden.

In Paris hat im Laufe der vergangenen Woche eine Berathung der am Simplon-Unternehmen betheiligten Finanzmänner stattgefunden, in welcher, wie man versichert, die gewünschte Uebereinstimmung betreffend die Vorschüsse erzielt wurde, welche der italienischen Regierung an die zur Ausführung der südlichen Zufahrtslinien erforderliche Summe zu machen sind.

Paris, 7. Februar. Nach so vielen Klagen und Wünschen, die zu gar nichts geführt haben, hat sich die Deputirtenkammer nach Verwerfung des Antrags von Soubeyran auf Verweisung des Budgets an den Ausschuß endlich entschlossen, die allgemeine Verhandlung zu beendigen und zuerst das Ausgabebudget vorzunehmen. Der Marineminister, dessen Budget zunächst berathen werden soll, hat bereits mitgetheilt, daß er außer den vom Ausschusse bereits zugestandenen Krediten noch vier Millionen extra für die Mittelmeerflotte verlangen müsse. Der Budgetausschuß aber hält fest an seinen Voranschlägen. Alle Redner, vom Konseilspräsidenten Tirard bis nach dem rechten und linken Flügel, haben sich einstimmig darüber ausgesprochen, daß die französische Finanzlage niemals so schwierig gewesen sei als jetzt, und doch erheben sich fortwährend Stimmen, die das Lebel Gewehr nicht schnell genug fertig sehen können, um, wie sie heuchlerisch vorgeben, das Land gegen Vergewaltigung zu schützen. Die feierliche, gehobene Stimmung, die jetzt in dem deutschen Volke herrscht, sollte diesen leichtfertigen Schwätzern doch begreiflich machen, wie heiliger Ernst es dem deutschen Reiche um den Frieden mit seinen Nachbarn links und rechts ist, mit wie heiligem Ernst aber auch das Volk in Waffen auftreten wird, wenn es von Kaiser und Reich gerufen wird. Die Albernheit in der Beurtheilung des deutsch-österreichischen Friedensvertrages geht aber so weit, daß selbst ein sonst leidlich verständiges Blatt wie die „Liberte" äußert: „Die Enthüllung des Vertrages konnte nur für die öffentliche Meinung in Rußland bestimmt gewesen sein, da der Zar den Wortlaut desselben gewiß kannte. Man konnte es somit nur auf die sogenannte „Kriegspartei" in Rußland abgesehen haben; für diese aber muß die Enthüllung als eine Beleidigung des russischen Nationalcharakters erscheinen, und unter diesen Umständen kann Rußland seine Truppen nicht vor einer öffentlichen Aufforderung zurückziehen. Anderseits muß diese Veröffentlichung, welche Rußland und Frankreich als vereinzelt hinstellt, diese zwei Nationen zur Einigung auffordern." Gradezu lächerlich in pomphaften Phrasen und heller Angst bewegt sich Joseph Reinach in der „Republique Francaise," um, bevor er sie gelesen hat, zu versichern: Fürst Bismarcks Rede habe „nur noch Einfluß auf Steigen oder Sinken der Staatspapiere"; das Thema sei vorher bekannt, es sei der Kreis des Popilius, der dem Syrerkönig Antiochus aufgab, den Egypterkönig Ptolemäus nicht anzugreifen, und um denselben einen Kreis beschrieb, den er nicht verlassen sollte, bis er Ja gesagt, und Antiochus unterwarf sich dem römischen Senat. Diesen unpassenden Vergleich wendet Reinach auf Bismarck an: „Alexander von Rußland, du wirst dich hüten, den Habsburgern Krieg zu bereiten." Der „Matin" ergeht sich in ähnlichen Wunderlichkeiten, so: Europa kann die schweren Kriegsrüstungen nicht mehr tragen: „Nun gut, die Abrüstungen werden sich durch den Krieg vollziehen, der diese vollblütigen Heere, das eine durch das andere, vernichten wird." Also selbst in Blättern wie „Liberte", „Republique", „Matin" Phrase, nichts als Phrase; nur kein ernstes Nachdenken, nur kein Gedanke an den Ernst des Augenblicks! Der „Gaulois" läßt sich vertraulich mittheilen, daß Bismarck die Veröffentlichung des Vertrages von 1879 vorgenommen habe, um durch die Ueberraschung zu erfahren, ob ein Vertrag zwischen Frankreich und Rußland bereits vorhanden sei; ein solcher Vertrag bestehe noch nicht, „aber die, welche ihn fürchten, konnten nicht besser auf dessen Verwirklichung hinarbeiten, als sie gethan haben". Und diese Weisheit soll noch dazu von einem — gewesenen Diplomaten herrühren!

Der Ausschuß zur Prüfung des unter dem Ministerium Goblet vorgelegten Entwurfs über die Pariser Gemeinde-Einrichtung hat diesen Entwurf angenommen, mit Ausnahme der Fragen, welche auf die Polizeipräfektur und die Armenversorgungs-Verwaltung Bezug haben. Diese Fragen wurden vorbehalten und der Ausschuß beantragt die Handhabung des Status quo.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 9. Februar. Heute Abend findet auf Anregung des Vorstandes vom Bezirksverein Oberwiek im Restaurant Lange, Breitestr. 7, eine gemeinschaftliche Sitzung der Vorstände sämmtlicher hiesiger städtischer Bezirksvereine statt, um in eine nähere Besprechung über die Frage einzutreten, ob es wünschenswerth und im Interesse der einzelnen Bezirksvereine liegend erscheint, einen Zentralverband sämmtlicher Bezirksvereine zu bilden. Es scheint uns der Nutzen einer solchen Konzentration so einleuchtend zu sein, daß wir nur von Herzen wünschen können, daß die Versammlung diese Frage bejaht und bald zur That werden läßt.

— Eines der beliebtesten Mitglieder unseres Stadttheaters, Herr Ober-Regisseur Otto Karutz, hat morgen, Freitag, sein Benefiz und hat derselbe für seinen Ehrenabend die alte, aber stets unterhaltende Posse „Die Maschinenbauer" von Weihrauch gewählt. Da die Besetzung der Rollen eine ganz vorzügliche (der Benefiziant spielt den „Knobbe", Herr Pook den „Heinzius", Herr Wischhusen den „Eduard"), dürfte die Vorstellung zu den besten und lustigsten der Saison zählen und wäre ein zahlreicher Besuch auch deshalb erwünscht, weil Herr Karutz durch seine trefflichen Leistungen sowohl, wie durch seine geschickten Inscenirungen dem Publikum schon manchen vergnügten Abend verschafft hat. Möge das Publikum dem Benefizianten zum Dank dafür an seinem Ehrenabend das Vergnügen eines vollen Hauses bereiten.

— Der Aufsichtsrath der pommerschen Provinzial-Zuckersiederei hat beschlossen, in der Generalversammlung die Vertheilung einer Dividende von $22^1/_2$ pCt. für das Vorjahr vorzuschlagen.

— Die Minister des Innern, der Justiz- und der Medizinal-Angelegenheiten haben durch gemeinsamen Erlaß vom 20. v. M. eingehende Anordnungen über die Aufnahme Geisteskranker in Privat-Irrenanstalten erlassen und dabei verfügt, daß zur Aufnahme das gehörig begründete Zeugniß eines Kreisphysikus bez. Kreiswundarztes gehört und, wenn der Kranke bis dahin in der Behandlung eines Privatarztes gewesen, des letzteren Krankheitsbericht mit einzufordern ist. Auch für den Fall der Gemeingefährlichkeit eines Geisteskranken, ebenso für die Entlassung solcher Kranken aus den genannten Anstalten sind Verfügungen getroffen, sowie für die Erlaubnißertheilung zur Errichtung von Privat-Irrenanstalten, namentlich über den Raum, den jeder Kranke zu beanspruchen hat. Auch muß in Anstalten, in welchen heilbare Irre behandelt werden, mindestens ein Arzt wohnen.

— Ende vorigen Jahres wurde die unverehelichte Potthoff hierselbst in Haft genommen, weil sie dringend verdächtig war, ihr 9 Monate altes uneheliches Kind getödtet zu haben. Die Obduktion der Leiche des Kindes ergab auch, daß demselben eine ätzende Flüssigkeit eingeflößt war, welche die inneren Organe vollständig zerstört hatte und dadurch der Tod erfolgt war. Die Potthoff leugnete anfangs hartnäckig, hat aber später ein theilweises Geständniß abgelegt und wird sich in der nächsten Schwurgerichtsperiode im Juni d. J. wegen Mordes zu verantworten haben; doch wird dieselbe die Anklagebank nicht allein betreten, denn gestern ist auch ihre Mutter, die verehel. Anna Potthoff, geb. Berndt, wegen dringenden Verdachts der Theilnahme am Morde in Haft genommen und in das Untersuchungsgefängniß eingeliefert.

— Schwurgericht. Sitzung vom 8. Februar. — Anklage wider den Fleischergesellen Alb. Fr. Kasburg aus Bahn wegen Nothzucht.

Die Verhandlung wurde mit Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt und endete mit der Verurtheilung des Angeklagten zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängniß.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Ohne Aufzahlung. „Fidelio." — Bellevuetheater: Zu halben Preisen (Parquet 50 Pf.). „Doktor Klaus."

Vermischte Nachrichten.

— Zu Ehren der zur Zeit im zoologischen Garten zu Berlin ausgestellten Lappländer und Darlekarlier hatte der Konsul William Schönlank am Montag ein Festessen veranstaltet, bei welchem es folgende Gerichte gab: Klare Renthierbrühe; schwedischer Klippfisch au gratin; Eisbären-Filet mit isländischer Moossauce; Langusten mit Thrantunke; lappmärkische Gebirgs-Schneehühner mit norwegischen Waldbeeren und Moossalat; grönländische Schwarzwurzeln mit Leberthran; Polar-Eis; schwedische Meiereibutter mit Renthierkäse. An dem Essen nahmen etwa zwanzig Personen Theil. Vor der eigentlichen Tafel wurde eine echt schwedische Serta, d. h. ein kaltes Buffet, aufgestellt, welches dazu bestimmt ist, den Appetit zu reizen. — Langusten mit Thrantunke! Wie Appetit reizend dies klingt. Und Schwarzwurzeln mit Leberthran! Wem liefe bei diesem Gange nicht das Wasser im Munde zusammen. Freilich gehört dazu auch vorher ein Appetit reizendes Buffet.

— Ueber die Bierbrauerei und Bierbesteuerung im deutschen Zollgebiet während des Etatsjahres 1886—87 wird im Dezemberheft der „Statistik des deutschen Reichs" Folgendes mitgetheilt: Im Brausteuergebiet, welches Baiern, Würtemberg, Baden und Elsaß-Lothringen nicht mit umfaßt, waren 9708 Bierbrauereien im Betrieb, von denen 6590 vorwiegend obergähriges und 3118 vorwiegend untergähriges Bier bereiteten. Im Vorjahre hatte die Gesammtzahl der Brauereien 10,365, im Jahre 1884—85 10,520, im Jahre 1880—81 11,564, im Jahre 1876 12,535 und im Jahre 1872 14,157 betragen. Es hat also eine bis in die neueste Zeit anhaltende erhebliche Abnahme der Brauereien stattgefunden, die aber lediglich auf die obergähriges Bier bereitenden entfällt, während die Brauereien für untergähriges Bier in Zunahme begriffen sind und sich auch im letzten Jahre noch um 20 vermehrt haben. Unter den vorhandenen Brauereien waren 8690 (1885—86 9326) gewerbliche. Die Menge des gewonnenen Bieres hat trotz der Abnahme der Brauereien eine recht erhebliche Zunahme erfahren; sie betrug 8,715,599 (1885 bis 1886 8,081,157) Hektoliter obergähriges und 17,849,947 (16,209,532) Hektoliter untergähriges Bier. Die Gesammtmenge war mit 26,565,546 Hektoliter größer als in einem der Vorjahre; während das obergährige Bier in allen Jahren seit 1872 in der Produktion zwischen 7 und 9 Millionen Hektoliter schwankt, ist die Produktion des untergährigen seit 1872 auf mehr als das Doppelte gestiegen. Das Quantum der verbrauchten Surrogate ist seit 3 Jahren in beträchtlichem Steigen; 1882—83 betrug es nur 22,611 Doppelzentner. Besonders ist hieran der Zucker betheiligt, dessen Verbrauch sich im letzten Jahre auf 21,195 Doppelzentner bezifferte. Die Bruttoeinnahme von der Brausteuer betrug 21,592,375 Mark. Hiervon gehen ab die Steuervergütungen für ausgeführtes Bier mit 463 332 Mark so daß eine Nettoeinnahme von 21,129,043 Mark bleibt. Rechnet man hierzu die Uebergangsabgaben mit 2,252,209 Mk. und den Eingangszoll mit 617,578 Mark, so ergiebt sich für die Bierabgaben ein Gesammtbetrag von 23,998,830 Mark gegen 22,098,052 im Jahre 1885—86, 21,843,748 im Jahre 1884—85, 20,798,757 im Jahre 1883—84 und 19 600,866 Mark im Jahre 1882—83. Die auf den Kopf der Bevölkerung fallende Einnahme an Bierabgaben war mit 67,0 Mark beträchtlich höher als in einem der Vorjahre. Für Baiern wird die Biergewinnung auf 13,096,237, für Würtemberg auf 3,305,665, für Baden auf 1,301,543, für Elsaß-Lothringen auf 719,207 Hektoliter angegeben, so daß im gesammten Reiche 44,988,200 Hektoliter Bier gewonnen sind. Unter Hinzurechnung der Einfuhr und Abrechnung der Ausfuhr ergiebt sich für Deutschland ein muthmaßlicher Bierverbrauch von 44,132,201 Hektoliter, d. i. 94 6 Hektoliter auf den Kopf, ein Quantum, das bisher noch nie erreicht war.

— (In der Hitze des Gefechts.) Ein Stadtrath, der an der Spitze des Armenwesens steht, hat einen unverschämten und unwürdigen „Armen" gründlich abblitzen lassen. Am andern Tage erhält er von dem Biederen ein Schreiben, welches nur die freundliche Aufforderung enthält: „Kriechen Sie mir gefälligst zehnmal den Buckel rauf und runter!" Der beleidigte Stadtrath sendet das Schreiben an die königliche Staatsanwaltschaft mit dem Vermerk: „Br. m. zur gefälligen schleunigsten Erledigung!"

— (Wer am besten tanzt.) Backfisch (zu einem Referendar, der sich als vorzüglicher Tänzer erweist): „Sie sind zwar erst Referendar, lieber Fritz, aber Sie tanzen schon so gut, als wären Sie bereits Geheimer Justizrath!"

— (Pflichten eines guten Primus.) Professor: „Ich weiß nicht, ich verspüre heute immer so einen brandigen Geruch im Klassenzimmer. Müller, riechen Sie nichts?" — Müller: „Nein, Herr Professor!" — Professor (vorwurfsvoll): „Aber, Müller, Sie als der primus omnium sollten's doch riechen!"

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Posen, 8. Februar. Gestern Nachmittag wurden auf dem in Bau begriffenen Fort 7 beim Erdschachten sieben Arbeiter verschüttet, vier blieben auf der Stelle todt, drei wurden schwer verletzt.

Stuttgart, 8. Februar. Das Befinden des Königs in Florenz ist besser. Nach der neuesten Meldung verlief der gestrige Tag ruhig. Das Fieber war mäßig.

Paris, 7. Februar. Der frühere französische Polizeiinspektor von Avricourt, Kuehn, welcher, zum Militärdienst einberufen, sich auf seine deutsche Staatsbürgerschaft berief, wurde als Deserteur verhaftet.

Paris, 8. Februar. In der gestrigen Kammerberathung über das Flotten-Erforderniß machte der frühere Marineminister de Mahy Enthüllungen über den schlechten Zustand der Kriegshäfen und Flotte. Als ihm zugerufen wurde: „Dergleichen verräth man dem Feinde nicht!" antwortete de Mahy: „Der Feind weiß dies alles genau, nur Frankreich weiß es nicht." Er erklärte, es sei patriotische Pflicht, dem Lande offen zu sagen, daß man von ihm demnächst schwere Opfer für Flottenzwecke werde verlangen müssen.

London, 8. Februar. Der „Standard" meldet aus Shanghai, durch den Austritt des Hoanghoflusses, der weite Strecken überschwemmt habe, seien nahe an 2 Millionen Menschen in Noth und Gefahr versetzt.

Madrid, 8. Februar. Neueren Nachrichten aus Rio Tinto zufolge herrscht daselbst vollständige Ruhe. Die Arbeiter haben die regelmäßige Arbeit wieder aufgenommen. Ueber die Vorgänge am 4. d. M. ist eine Untersuchung eingeleitet. — Das Theater in Rio Tinto ist vollständig abgebrannt.

Petersburg, 8 Februar. Der „Russische Invalide" veröffentlicht die im April v. J. beschlossene Zutheilung von Stabsoffizieren zu den Lokalbrigade-Verwaltungen.

Wasserstands-Bericht.

Posen, 7. Februar. Warthe: 1,66 Meter. — Breslau, 7. Februar. Oberpegel — Meter, Mittelpegel — Meter, Unterpegel 0,35 Meter über Null

Danzig, 7. Februar. Von der Weichsel. Wie heute aus Neufähr berichtet wird, ist während der letzten Frostnacht das in der Mündung und in der aufgebrochenen Rinne angesammelte Eis wieder zu einer kompakten Masse zusammengefroren. Wahrscheinlich werden die Eisbrechdampfer dort wieder schleunigst die Arbeit beginnen, um die Verstopfung zu beseitigen. — Heutiger Wasserstand bei Plehnendorf 3,64 resp. 3,58 Meter.